

12/3

**Erste Sitzung des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft in Rösebeck, die Vorsitzender Bernhard Willim (rechts) leitete. Mit ihm auf dem Foto: Sachgebietsleiter Kunstlebe, Regierungsdirektor Horst Braukmann, Justitiar Himstedt und Dipl.-Ing. Schwadorf, alle vom Amt für Agrarordnung und Vorstandsmitglied Peter Meier-Laqua (hinten links).**

Foto: doc



## Rösebecker Dorfentwicklungsverfahren: Keine Kosten für die Bürger

# Bernhard Willim Vorsitzender

**Borgentreich-Rösebeck** (doc). Horst Braukmann, Chef des Amtes für Agrarordnung, nannte vor der Vorstandswahl der „Teilnehmergemeinschaft zur Dorfentwicklung“ in der Rösebecker Bürgerhalle den Grund für den förmlichen Akt: „Von dem Vorstand sollen die Interessen der Eigentümer bei diesem Verfahren vertreten werden“, so Braukmann. Die Vorstandswahl ging denn auch ohne Probleme über die Bühne. Vertreter aller Interessengemeinschaften wurden berücksichtigt.

Stadtdirektor Bernhard Willim vertritt als Vorsitzender die Stadt, die neben anderen als Geldgeber fungiert. Ortsvorsteher Hermann Fuast ist sein Stellvertreter, Ortsbürgermeister Adalbert

Burgard repräsentiert die Landwirte des Ortes, Maria Wilmos ist als Ortsheimatpflegerin mit in diesem Gremium und Peter Meier Laqua als Rösebecker SPD-Ratsherr.

Als Stellvertreter für diese Vorstandsmitglieder wurden Reinhard Tewes, Walter Ruse, Josef Köster, Anton Drolshagen und Bernhard Brenke gewählt. Die Wahl bei allen erfolgte mit einstimmigem Votum.

Der ortsgerechte Ausbau stehe im Mittelpunkt des Millionenprojekts, wie Horst Braukmann betonte, er möchte nicht nur Straßen und Plätze in diese Maßnahme einbeziehen, sondern auch die „Hochhausinstanz“. Den Bürgern will das Amt für Agrarordnung mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die naheliegende Frage aus der Versammlung: „Kommen Kosten auf die Anwohner zu?“ beantwortete Braukmann mit „nein“. Die Rechnung wird vom Land NRW, von der Stadt und vom Amt für Agrarordnung beglichen.

Ideen und Anliegen der Bürger sollen mit in die Planungen einfließen. Der Vorstand, als Interessensvertretung der Eigentümer sei hier ganz besonders gefordert, meinte der Vertreter des Amtes für Agrarordnung. Baubeginn könnte nach dem nächsten Winter sein, also bleibt ein Jahr Zeit für Planungen, Vorbesprechungen und Anregungen.